

Vizepräsident Eduard Oswald

(A)

Ich rufe nun den Zusatzpunkt 6 auf:

Aktuelle Stunde  
auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE

(B)

**EU-Fiskalpakt – Auswirkung auf Demokratie und Sozialstaat**

Erster Redner in der Aktuellen Stunde ist unser Kollege Dr. Dietmar Bartsch für die Fraktion Die Linke. Bitte schön, Kollege Dr. Dietmar Bartsch.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Dietmar Bartsch** (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben eine Aktuelle Stunde beantragt, weil wir in dieser Woche viele Bilder gesehen haben: Es gibt einen Generalstreik in Belgien. Die Gewerkschaften in Griechenland haben zum Generalstreik aufgerufen; Zehntausende sind gefolgt. Polizei und Wasserwerfer wurden eingesetzt. In Griechenland werden deutsche Fahnen verbrannt. Wann hat es das eigentlich zum letzten Mal gegeben? Das alles ist das Ergebnis Ihrer Politik. Das alles ist das Ergebnis der Diktatur der Finanzmärkte in Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sagt doch alles: Wenn die Meldungen des Tages lauten, dass die Märkte auf Entwicklungen nervös reagieren, dann sind auch die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen nervös, sie agieren und tun etwas. Wenn aber Zehntausende Menschen auf die Straße gehen wie in Griechenland, wenn Menschen in die Verzweiflung getrieben werden, dann passiert vonseiten der Bundesregierung gar nichts. Diese Politik ist so nicht zu akzeptieren.

Die Troika hat heute Nacht versucht, weitere Sparmaßnahmen durchzusetzen. (C)

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]:  
Warum denn wohl?)

Wieder betrifft es Rentnerinnen und Rentner. Die Mindestlöhne werden gesenkt. Das 13. und 14. Monatsgehalt wird gestrichen. Es werden aber niemals die Millionäre in Griechenland in die Verantwortung eingebunden.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb klar und eindeutig: Die Linke ist solidarisch mit den Streikenden in Griechenland. Die Linke ist solidarisch, wenn sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten und unsoziale Politik wehren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihr eingeschlagener Weg hat dazu geführt, dass Europa gespalten ist. Deutschland ist in Griechenland auf der Beliebtheitsskala von Platz eins auf den letzten Platz zurückgefallen. Ihr Weg verschärft die Krise immer mehr. Der Abwärtsstrudel dreht sich schon jetzt in einem gigantischen Tempo. Ihr Kurs produziert bittere Armut, soziales Elend und soziale Unruhe. Im Dezember 2011 waren in Griechenland über 900 000 Menschen arbeitslos, aber nur 274 000 Menschen haben Arbeitslosengeld erhalten. Die Arbeitslosenquote lag bei 18 Prozent. Bei den 15-Jährigen bis 24-Jährigen lag sie bei 46 Prozent. Glaubt denn wirklich jemand in diesem Hause, dass angesichts dieser Entwicklung jemals auch nur 1 Cent von Griechenland zurückgezahlt werden kann? – Natürlich haben die griechischen Regierungen große Fehler gemacht. Die Korruption in Griechenland ist völlig inakzeptabel. Die Steuergesetzgebung muss geändert werden. Der Steuervollzug muss verbessert werden. Das alles ist aber auch ein Ergebnis Ihres Kaputtsparens. Das muss beendet werden. (D)

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD)

In Deutschland hatten wir eine Situation, in der ein Marshallplan geholfen hat. Frau Merkel könnte in die Geschichte eingehen, wenn sie einen Merkel-Plan für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung in Griechenland aufstellen würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre wirklich eine Initiative, der wir zustimmen könnten und die wir als Linke gerne unterstützen würden.

Im Übrigen bleibt bei dieser Entwicklung auch die Demokratie auf der Strecke. Niemand glaubt, dass wir auch nur einen Hauch von Sympathie für Herrn Berlusconi haben. Trotzdem ist es ein Unding, wenn jemand wie Herr Monti faktisch durch Brüssel eingesetzt wird. Das ist doch so nicht zu akzeptieren. Dieser Mann hat sich nie einer Wahl gestellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann reden Sie auch noch von einem Sparkommissar, der eingesetzt werden soll. Stellen Sie sich einmal vor, die Linke würde sagen: Wir haben einen wunderbaren Finanzminister in Brandenburg, der 2011 einen ausgegli-

**Dr. Dietmar Bartsch**

- (A) chen Haushalt geschafft hat; jetzt soll er Sparkommissar in Bremen werden. – Das würde einen Aufschrei geben. Nichts anderes allerdings schlagen Sie vor.

Es ist kein Zufall, dass Frau Merkel von einer markt-konformen Demokratie spricht; das ist entlarvend. Wir als Linke wollen einen demokratiekonformen Markt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern klar und eindeutig: Die Finanzmärkte müs-sen reguliert werden. Es muss eine europäische Bank für öffentliche Anleihen errichtet werden, und endlich müs-sen die Vermögenden in Europa, auch in Griechenland, zur Kasse gebeten werden. Das ist die richtige Alterna-tive.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sagen Sie einmal was zum Fiskalpakt!)

Ihre Maßnahmen und auch der Fiskalpakt haben doch nur folgendes Ziel: Sie wollen, dass Herr Sarkozy im April noch einmal gewählt wird.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Nein, dass er nicht wiedergewählt wird!)

– Oder dass er nicht wiedergewählt wird. Das kann man noch nicht so genau erkennen. Ich glaube aber, dass Er-steres der Fall ist.

Es ist doch ganz klar: Ihr Kurs führt zu Demokratie-verdrossenheit und spaltet Europa weiter. Unsere Posi-tion ist und bleibt klar: Wir wollen ein friedliches, sozia-les und demokratisches Europa.

(B)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Joachim Spatz [FDP]: Und wer zahlt die Rechnung?)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Kollege Dr. Bartsch. – Nächster Redner in unserer Aktuelle Stunde ist für die Fraktion der CDU/CSU unser Kollege Norbert Barthle. Bitte schön, Kollege Norbert Barthle.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Norbert Barthle (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Bartsch, da Sie einen Merkel-Plan fordern, darf ich Ihnen sagen: Im Grunde genom-men gibt es bereits einen Merkel-Plan. Dieser Plan trägt die Überschrift: Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion. Nichts anderes ist der Fiskalpakt, der unter wesentlicher Beteiligung unserer Bundeskanzlerin zustande gekom-men ist und der zu einem großen Teil die Handschrift der Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers trägt. Das ist gut für Europa und unsere gemeinsame Wäh-rung. Das ist vor allem gut für die Länder in Europa, die die größten Schwierigkeiten haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Man muss Ihnen geradezu dankbar sein, dass Sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben; denn sie gibt uns endlich wieder einmal Gelegenheit, uns zu vergewissern, worum es in der Auseinandersetzung eigentlich geht.

(Zurufe von der LINKEN)

Linke Parteien und Sozialisten gibt es ja nicht nur hier in Deutschland; diese politische Fehlorientierung gibt es leider in ganz Europa.

(Lachen bei der LINKEN)

Worum geht es also bei der Auseinandersetzung? Es geht letztendlich um die Frage: Wie bekämpft man die Staatsschuldenkrise? Von Ihrer Seite kommt immer nur der Vorschlag, noch mehr Geld Griechenland

(Zurufe von der LINKEN: Das stimmt über-haupt nicht! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben immer gegen die Griechenland-Hilfe gestimmt!)

und anderen überschuldeten Ländern zu geben, um dort Konsumanreize zu setzen und über mehr Konsum wie-der zu einem höheren Wachstum zu kommen. Das ist der klassische Ansatz von Keynes; den hat Herr Lafontaine schon immer vertreten.

Wir haben eine andere Auffassung. Man muss an die Wurzel des Übels heran. Man muss die Überschuldung bekämpfen, also Staatshaushalte konsolidieren und Wachstumskräfte stärken. Beides muss zusammen erfol-gen. Das haben Sie nicht im Blick. Wir jedoch verfolgen diese Strategie.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Fiskalpakt, Fiscal Compact Treaty, ist genau der rich-tige Weg und – das erlaube ich mir hinzuzufügen – ein Riesenerfolg, ein Meilenstein in der Entwicklung Euro-pas; denn dass 25 von 27 Staaten diesen Pakt unterschrei-ben und sich zu ihm bekennen würden, hätte ich nie er-wartet. Das ist ein klares Bekenntnis Europas hin zu mehr Stabilität, Koordinierung, Kontrolle und Transparenz. Genau das braucht man, wenn man eine gemeinsame Währung hat. Wenn eigenständige Nationalstaaten eine gemeinsame Währung haben, dann bedarf es des Be-kenntnisses aller, die verabredeten Regeln einzuhalten; denn nur so kann die Währung stabil bleiben. Ein Euro ist auf der ganzen Welt gleich viel wert, egal ob er aus Deutschland, Frankreich oder Griechenland kommt. Um dies aufrechtzuerhalten, brauchen wir diesen Pakt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Leider haben das in Griechenland offenbar noch nicht alle erkannt, wie die geplatzten Verhandlungen zeigen. In der heutigen Ausgabe der *FAZ* macht der griechische Wirtschaftsminister Chrysochoidis klipp und klar die eu-ropeische Subventionspolitik der vergangenen Jahrzehnte für den wirtschaftlichen Niedergang Griechenlands ver-antwortlich. Der Minister sagt:

Während wir mit der einen Hand das Geld der EU nahmen, haben wir es nicht mit der anderen Hand

**Norbert Barthle**

- (A) in neue und wettbewerbsfähige Technologien investiert. Alles ging in den Konsum.

Recht hat der Mann!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Genau darum geht es in der Auseinandersetzung. Wir müssen dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit in allen Ländern der Euro-Zone gestärkt wird, und zwar nicht durch fremdes Geld von außen.

Herr Bartsch, Sie müssen den deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erklären, weshalb sie bis 67 arbeiten sollen,

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Wir wollen das gar nicht! Das haben Sie entschieden!)

während Ihre Freunde in Griechenland sieben Jahre früher in Rente gehen können. Sie müssen erklären, weshalb deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Steuergeldern einen völlig überbordenden, aufgeblähten Staatsapparat in Griechenland finanzieren sollen.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Wer hat das denn gefordert?)

Genau hier besteht ein Widerspruch; das sagen Sie nämlich nicht. Das müssten Sie aber offen aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der für mich einen Riesenerfolg im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt darstellt: die Schuldenbremse. Alle 25 Länder verpflichten sich, eine Schuldenregel in ihr nationales Recht zu übernehmen. Das wäre vor einigen Monaten noch undenkbar gewesen. Dieser Vertrag war innerhalb von zwei Monaten unterschriftsreif.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieser Pakt ist ein Meilenstein, ein Meisterstück unserer Bundeskanzlerin

(Lachen bei der LINKEN)

und aller anderen, die an seinem Zustandekommen beteiligt waren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man bedenkt, wie lang die Arbeit auf europäischer Ebene normalerweise dauert.

Ich will einen dritten Punkt hervorheben: die Verknüpfung des Fiskalpaktes mit dem ESM. Das war eine wichtige deutsche Verhandlungsposition, die durchgesetzt werden konnte. Nur wer den Fiskalpakt unterschreibt, hat künftig die Möglichkeit, Hilfen über den ESM zu beanspruchen. Das entfaltet eine starke Bindewirkung. Darauf und auf die anderen Verhandlungsergebnisse unserer Bundesregierung sind wir zu Recht stolz.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Kollege Norbert Barthle. – Nächster Redner in unserer Aktuellen Stunde ist für die Fraktion der Sozialdemokraten unser Kollege Klaus Hagemann. Bitte schön, Kollege Klaus Hagemann.

(Beifall bei der SPD)

**Klaus Hagemann (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Barthle, ich möchte an Ihre Worte anknüpfen. Sie meinten eben sinngemäß, man brauche die Sozialisten und die Sozialdemokraten nicht. Im Europäischen Parlament, lieber Kollege Barthle, ist es gelungen, fast einstimmig eine Resolution durchzusetzen, weil wir alle – auch meine Partei – uns darin wiederfinden, sowohl die Konservativen als auch die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Grünen und die Linken. Darin heißt es beispielsweise: Sowohl Stabilität als auch nachhaltiges Wachstum sind notwendig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Recht haben die Europäer. Weiter heißt es, dass „Hausdisziplin zwar die Voraussetzung für ein tragfähiges Wachstum ist, dass sie allein aber keinen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen wird“. Recht haben die Europäer; das können wir unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Resolution steht auch, dass an beiden Fronten, sowohl beim Wachstum als auch bei der Haushaltsdisziplin, gekämpft werden muss. Auch das kann man gemeinsam tragen. Warum gelingt das nicht auch hier?

Meine Damen und Herren, bisher sind viele Trippelschritte gemacht worden. Eine Lösung wurde uns über fast zwei Jahre hinweg angekündigt. Aber hat die Medizin bisher so geholfen, wie es von der rechten Seite des Hauses erwartet worden ist? Diese Frage muss man zumindest stellen dürfen. Wir haben das Sixpack, das Europäische Semester und den Twopack, die EFSF und den ESM. Nebenbei bemerkt: Es war eine Forderung der Sozialdemokraten, den ESM vorzuziehen, lieber Kollege Barthle. Jetzt kommt der Fiskalpakt. Dazu sagt das Europäische Parlament, dass man ihn eigentlich nicht braucht. Das sagen auch Ihre Parteifreunde, meine Damen und Herren von der Koalition. Es ist interessant, was Sie dazu sagen. Hier zeigt sich sehr stark das Prinzip Hoffnung, aber kein Realitätssinn. Woher wissen Sie, dass der Fiskalpakt in seiner jetzigen Form von allen Parlamenten ratifiziert wird? Das ist doch sehr fraglich. Die Gespräche mit den irischen Kollegen im Haushaltsausschuss – Kollege Barthle, Sie waren dabei – lassen nicht unbedingt vermuten, dass die Iren dem Pakt in einem Referendum einfach zustimmen werden. Hier ist vieles also noch fraglich. In den letzten Jahren ist viel Vertrauen zerstört worden. Es besteht die Gefahr – auch durch dummes Gerede verursacht –, dass wir es hier mit einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu tun haben. Wenn man, wie es einige fordern, Griechenland aus der

**Klaus Hagemann**

- (A) Euro-Zone hinausschmeißt, dann besteht die große Gefahr, dass es zu einem Dominoeffekt kommt, der sich negativ auswirkt.

Nun ein paar Stichworte zu Griechenland. Ist das Kürzen von Mindestlöhnen, Renten, Stundenlöhnen usw. wirklich die Lösung? Bietet man den Menschen damit wirklich eine Perspektive? Gibt man ihnen die Möglichkeit, Licht am Ende des Tunnels zu sehen? Werden die Menschen da überhaupt mitgenommen? Es besteht doch die Gefahr, dass wir die Menschen in dieser Situation nicht mitnehmen. Viel politisches Porzellan ist zerschlagen worden. Eventuell gibt es auch eine Rezession in Südeuropa. Gestern konnte man im Fernsehen eine Umfrage in Griechenland verfolgen. Da sagte ein Grieche: Gibt es überhaupt noch Licht am Ende des Tunnels? – Das ist doch bezeichnend: Er sah nicht einmal einen Silberstreif am Horizont. Wir müssen die Würde der Menschen und den Stolz der Nationen achten und dürfen nicht von der Einsetzung eines Sparkommissars reden oder Sätze wie „Jetzt wird in Europa deutsch gesprochen“ sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es stellt sich die berechtigte Frage: Werden Menschen, die so etwas erleben, noch für die Demokratie eintreten? Ist es für solche Menschen noch erstrebenswert, für die europäische Idee einzutreten? Angesichts dessen, was wir da erleben, muss ich sagen: Das ist nicht mein Europa.

- (B) Inzwischen spricht die Regierung – sie spricht; sie handelt noch nicht – von den Bereichen Wachstum und Beschäftigung, die ebenfalls in die Überlegungen einbezogen werden müssten. Ich frage Sie: Wo bleiben die Pläne? Wo bleiben die Konzepte des Wirtschaftsministers? Wo bleiben die Konzepte der Sozialministerin? Wie geht es mit dem Wachstum weiter? Dazu liegt nichts vor. Vorhin fiel das Stichwort „Marshallplan“. Das ist sicherlich ein griffiges politisches Bild, aber man sollte die Realität nicht außer vor lassen. Standard & Poor's hat den Euro-Rettungsschirm herabgestuft, gerade weil das Wachstum nicht in die Überlegungen einbezogen worden ist.

Die am Anfang angesprochene Resolution wurde vom Europäischen Parlament fast einstimmig beschlossen. Es sind weitere Vorschläge gemacht worden: Schuldentilgungsfonds, Finanztransaktionsteuer. Ich frage die Regierung: Wie weit sind Sie? Wann kommen die Vorlagen? Wie wollen Sie die Haushaltsdisziplin gewährleisten? Was ist mit dem Fahrplan für Stabilitätsanleihen?

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Elf Jahre Wirtschaftsministerium SPD!)

Herr Michelbach, sogar der Begriff „Euro-Bonds“ kommt in dieser gemeinsam getragenen Resolution vor. Wann werden die Vorlagen eingebracht? Wann können wir darüber sprechen?

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ist die SPD wieder für Euro-Bonds?)

Zum Schluss möchte ich Herrn Monti, den neuen italienischen Ministerpräsidenten, zitieren. Er hat gesagt, dass nicht noch mehr politische Energie „für besonders originelle Ideen der Haushaltsstabilisierung“ verschwendet werden sollte. Besser wäre es, sich auf eine Wachstumspolitik zu konzentrieren; denn Wachstum ist das wichtigste Element einer dauerhaften Haushaltsstabilität. – Lassen Sie uns das – genauso wie auf europäischer Ebene – gemeinsam anpacken. Wir müssen für eine gemeinsame Linie sorgen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Kollege Klaus Hagemann. – Jetzt für die Fraktion der FDP unser Kollege Joachim Spatz. Bitte schön, Kollege Joachim Spatz.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Joachim Spatz (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der ganze Kontinent steht vor einem Paradigmenwechsel. Im Moment befindet sich Europa in der größten inneren Umgestaltung seit dem Fall der Mauer, eigentlich sogar seit Ende des Krieges. Wir verabschieden uns vom süßen Gift der Verschuldung. Das tut weh, dem einen mehr, dem anderen weniger. Trotzdem ist die Entgiftung unausweichlich. Alle mussten lernen, dass wir von Dritten abhängig sind, nämlich von denen, die das Geld geben, und dass wir mit überbordenden Staatsschulden die Spielräume der Zukunft einengen. Das muss jeder wissen, der heute zu diesem Thema spricht.

Herr Kollege Bartsch, einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen, bei dem sich die Beteiligten einig sind, aber Dritte die Rechnung zahlen, ist leicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

So kann man auch in Griechenland Konsens erzielen. Da Sie die Gefährdung von Demokratie und Zusammenhalt erwähnten: Wäre es nicht an der Zeit, dass Sie das auch in Bezug auf die Zielländer ansprechen? Denn auch die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht überfordert werden. Das leistet einen Beitrag zum Zusammenhalt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Von SPD und Grünen hören wir nur die immer gleichen alten Rezepte: entweder Aufnahme neuer Schulden – das heißt auf Neuhochdeutsch Euro-Bonds – oder Aufstockung der Mittel für die Rettungsschirme. Diejenigen, die während der rot-grünen Regierungszeit den größten Schluck bei der Neuverschuldung genommen haben, die an der alten Droge genippt haben, gerieren sich heute als Therapeuten. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir müssen unseren Kurs fortsetzen. Er beinhaltet drei Komponenten: Solidarität durch den ESM, Solidität durch den Fiskalpakt und Wachstum zum Beispiel durch

**Joachim Spatz**

- (A) den Euro-Plus-Pakt oder den erleichterten Zugang zu nicht ausgeschöpften Strukturfördermitteln. Sie können doch nicht so tun, als ob die Debatte noch nicht begonnen habe! Natürlich fördert die Bundesregierung die Wachstumskomponenten auf europäischer Ebene. Das ist doch schon längst der Fall. Es geht um den Dreiklang von Solidarität, Solidität, die wir einfordern müssen, und Wachstum, das wir fördern wollen.

Die Schuldenbremse ist natürlich ein Eckstein dieser Politik. Wir müssen die Umsetzung in nationales Recht verlangen; denn Willenserklärungen reichen nicht aus. Wir sollten dabei allerdings nicht beckmesserisch sein und immer nur auf die Verfassung rekurrieren. Andere Länder haben genauso hohe Hürden in andersgesetzlichen Bereichen; auch das sollten wir ernst nehmen. Das klare Bekenntnis zum Kurs und zum Prozess der Entwöhnung von der Verschuldung ist wichtig.

Wir haben – auch das war nicht zu erwarten – die automatisierte bzw. quasi automatisierte Klage vor dem Europäischen Gerichtshof durchsetzen können. Das ist nicht leicht gewesen. Leider war es nicht möglich, alle Euro-Länder und EU-Mitgliedstaaten für diese Rechtsweiterentwicklung zu gewinnen. Trotzdem wird es jetzt eine Klagemöglichkeit geben. Eine hervorragende Verhandlungsposition der Bundesregierung konnte hier umgesetzt werden. Das, was wir zusätzlich geregelt haben, soll – das bleibt das Ziel – so bald wie möglich in den europäischen Rechtsrahmen übergeleitet werden, damit es im Gesamtverbund Europas Sinn macht.

- (B) Alle sind aufgefordert, an diesem gemeinsamen europäischen Projekt mitzuarbeiten und Europa, das mit anderen großen Weltregionen in Konkurrenz steht, wettbewerbsfähiger zu machen. Das geht nicht, indem man die Starken immer weiter schwächt, sondern nur, indem man den Schwachen hilft, ihren Teil zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit beizutragen. Mit alten Rezepten funktioniert das garantiert nicht, sondern nur mit Solidarität und Solidarität.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Priska Hinz das Wort.

**Priska Hinz** (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Bartsch, Ihre scheinradikale Rede hat mich doch etwas verblüfft, muss ich sagen.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Wieso „scheinradikal“? Die war radikal!)

Wenn es nach den Linken gegangen wäre, die hier immer gegen die Hilfszusagen für Griechenland gestimmt haben, wäre Griechenland schon vor anderthalb Jahren pleite gewesen,

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Unkontrollierter Bankrott!)

mit all den schrecklichen Folgen für die Bevölkerung, die Sie hier an die Wand werfen wollten. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich habe hier keinen einzigen konkreten Vorschlag gehört, wie man die Situation verbessern könnte.

Aufgrund des Themas der Aktuellen Stunde, die Sie angemeldet haben, will ich mich jetzt aber mit dem Weg der Bundesregierung beschäftigen. Ich finde es erstaunlich, dass die Koalition den Fiskalpakt so wahnsinnig überhöht. Ich finde: Da sollte man einmal die Luft herauslassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Bundeskanzlerin ist im Dezember angetreten, die europäischen Verträge zu ändern. Davon musste sie Abstand nehmen. Aber sie hat dann noch nicht einmal mehr den Versuch gemacht, gemeinsam mit der EU-Kommission das Sekundärrecht zu verändern.

(Joachim Spatz [FDP]: Das ging mit den Briten nicht! Das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen!)

Deshalb ist eine gemeinsame Resolution aller EP-Abgeordneten zustande gekommen, die ein Interesse daran haben, dass es keine Doppelstruktur gibt und man die EU-Institutionen und die -Parlamentarier nicht schlicht und einfach ignoriert, wie die Bundeskanzlerin es so gerne tut. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Joachim Spatz [FDP]: Hätten wir nichts machen sollen?)

Manches in dem Fiskalpakt hat gar keine rechtliche Bindungswirkung. Vieles ist schon in den Verordnungen geregelt, die die EU-Kommission vorgeschlagen hat. Was bleibt, ist eine politische Vereinbarung über die Einführung der Schuldenbremsen, die noch nicht einmal in den Verfassungen verankert werden müssen. Auch davon musste sich die Bundeskanzlerin verabschieden. Geblieben ist eine politische Vereinbarung.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Die aber in EU-Recht übertragen werden soll! Das steht im Vertrag!)

Wir haben nichts gegen die Schuldenbremsen. Wir halten eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung für notwendig, weil die mangelnde Haushaltsdisziplin eine Ursache der Schuldenkrise ist; das ist richtig. Über andere Probleme reden die Bundesregierung und die Koalition aber gar nicht, zum Beispiel über die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa und die Frage, wie man diesem Problem beikommen könnte. Hier fehlt es an Vorschlägen von Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Priska Hinz (Herborn)**

- (A) Wenn man die Haushaltsdisziplin ernst nimmt, dann muss man auch ein zweites Standbein einsetzen, nämlich den Altschuldentilgungsfonds. Das ist ein Vorschlag der Wirtschaftsweisen der Bundesregierung. Darüber wurde im Parlament bislang noch nicht diskutiert, weil sich die Koalition immer strikt weigerte, dieses Thema anzugehen.

(Otto Fricke [FDP]: Ihr wollt ja nicht einmal eine Aktuelle Stunde dazu haben!)

Wir sind der Meinung, dass man den Altschuldentilgungsfonds den Schuldenregeln hinzufügen sollte, weil das auf Dauer die Schuldenstandsquote in denjenigen Ländern senkt, die hohe Schulden haben.

(Otto Fricke [FDP]: Dann macht doch eine Aktuelle Stunde dazu!)

Eine gemeinsame Haftung für einen Teil der Schulden macht eine erträgliche Refinanzierung möglich. Das bedeutet eine Gesundung der europäischen Staaten und die Stabilisierung der Euro-Währung. Das ist der Weg, den wir brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung antwortet auf meine Fragen immer: Das mit dem Altschuldentilgungsfonds kann Deutschland nicht allein machen; den können wir nicht allein einführen. – Den Ehrgeiz, den Bundeskanzlerin Merkel sonst immer an den Tag legt, sollte sie auch einmal bei der Einführung eines Altschuldentilgungsfonds zeigen, anstatt solche dummen Vorschläge wie das Einsetzen von Sparkommissaren für notleidende Länder in den Raum zu stellen. Dann wären wir nämlich schon weiter.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]: So dumm finden wir das gar nicht!)

Zur Bewältigung der aktuellen Krise hilft der Fiskalpakt gar nicht. Er kann nur mittel- und langfristig gemeinsam mit dem Altschuldentilgungsfonds wirken. Für die aktuelle Krisenbewältigung bräuchten wir vielmehr eine Banklizenz für den aktuellen Rettungsschirm, was die Bundesregierung bislang aber ablehnt.

Die Aufstockung des ESM will sie derzeit noch nicht mitmachen. Das ist bis zum März verschoben worden. Es wäre aber eine Beruhigung für die Finanzmärkte, wenn klar ist: Wir garantieren für die Länder, die es nötig haben.

(Joachim Spatz [FDP]: Das ist genau das, was ich gesagt habe! Weiter!)

Wir wissen, dass die Aufstockung kommt. Aber meinen die Bundeskanzlerin und die Koalition nicht, dass man der Bevölkerung einmal reinen Wein einschenken sollte?

Das führt mich zu Griechenland. Hier wäre es notwendig, deutlich zu sagen: Von Griechenland sind Anstrengungen notwendig. Darüber hinaus werden wir Griechenland mindestens ein Jahrzehnt lang Unterstützung leisten müssen, und zwar nicht nur technische und

administrative, sondern auch finanzielle. Das wird uns zwar etwas kosten, aber das sollte es uns wert sein. (C)

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Welche Steuer sollen wir denn erhöhen?)

Diese Ehrlichkeit müsste in dieser Debatte einmal gezeigt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Das Wachstumsprogramm, das beim letzten Sondergipfel beschlossen worden ist, ist das Papier nicht wert, auf dem es steht. Auch hier wären harte Fakten bezüglich Investitionen notwendig, nicht nur warme Worte.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Für die Bundesregierung hat Staatsminister Michael Link das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Guter Mann!)

**Michael Link, Staatsminister im Auswärtigen Amt:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat in den letzten 18 Monaten, also in den Monaten seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise in Europa, weitreichende Schritte zur Stärkung der Haushaltssolidarität unternommen. Dabei ist im Laufe des letzten Jahres klar geworden: Wir müssen für den Euro-Raum ein deutliches, markantes Zeichen setzen, damit künftig das Primat verantwortlicher Haushaltspolitik verbindlich verankert wird. Die Stabilitätsunion muss tatsächlich zustande kommen. Das ist der Hintergrund des Fiskalvertrages. (D)

Wer vor wenigen Monaten gesagt hätte, dass wir Ende Januar einen fertig ausgehandelten völkerrechtlichen Vertrag haben, mit dem wir konkrete, verbindliche, einklagbare und sanktionsbewehrte Ziele im Hinblick auf Haushaltskonsolidierung festlegen, wäre nicht ernst genommen worden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Kollegin Hinz, Sie haben von Schuldenbremsen ohne Verfassungsrang gesprochen. Dazu kann ich nur sagen: Wir können in diesem Punkt natürlich nicht jedem einzelnen Staat im Detail vorschreiben, wie er die Vorgaben umsetzt. Aber: Europa hat auch etwas damit zu tun, dass wir verbindliche Ziele festschreiben. Wir beginnen mit einem verbindlich definierten politischen Ziel und definieren dies dann immer präziser. Deshalb wollen wir, dass der Fiskalpakt so bald wie möglich – wir haben uns ein Enddatum mit maximal fünf Jahren gesetzt – in ordentliche Verträge überführt wird. Die Bundesregierung will die Gemeinschaftsmethode in der EU stärken.

Staatsminister Michael Link

(A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben nach der Festlegung der Grundzüge für den Fiskalpakt am 9. Dezember 2011 die Verhandlungen zum zwischenstaatlichen Vertrag am 30. Januar 2012 erfolgreich geführt. Der Fiskalpakt ist ein wichtiger Schritt hin zu einer wirklichen Fiskalunion. Mit ihm haben wir erreicht, dass in der Euro-Zone und perspektivisch in der ganzen EU das Modell der deutschen Schuldenbremse auf Verfassungs- oder vergleichbarem Rang verankert wird. Das ist ein großer Erfolg für die Verhandlungsführung der Bundeskanzlerin, des Bundesfinanzministers und des Außenministers.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Ach, haben wir einen Außenminister?)

Wenn ich das sage, meine ich damit nicht nur einen Erfolg für Deutschland, sondern insbesondere einen Erfolg für die gesamte Europäische Union. Ich wiederhole: Wer hätte noch vor kurzer Zeit gedacht, dass wir das in diesem kurzen Zeitrahmen schaffen?

Wir haben trotzdem noch einen langen Weg vor uns, die internationalen Märkte davon zu überzeugen, aus dem gesamten Euro-Raum einen Raum der Stabilität und der Solidität zu machen. Der Fiskalpakt ist ein erster fundamentaler Schritt, der jetzt von niemandem kleingeredet werden sollte. Der Fiskalpakt und der ESM-Vertrag verhalten sich komplementär zueinander. Im ESM-Vertrag werden die Möglichkeiten und Voraussetzungen für europäische Solidarität geregelt. Mit dem Fiskalvertrag legen wir die komplementäre Seite vor, also die Aspekte der Haushaltsdisziplin, der Solidität. Solidarität und Solidität bilden die klare Linie der Bundesregierung zur Bewältigung dieser Staatsschuldenkrise.

Damit bin ich beim eigentlichen Thema dieser aktuellen Stunde: Auswirkungen auf Demokratie und Sozialstaat.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Das ist ja toll! Das eigentliche Thema wird angesprochen!)

– Man muss ja wohl auch einmal den Gesamtzusammenhang herstellen.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Das ist sehr gut! Wir helfen da gerne!)

– Exakt. – Sie behaupten, dass der Fiskalvertrag negative Auswirkungen auf die Demokratie hat. Dem vermag ich beim besten Willen nicht zu folgen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Ach so!)

Vielmehr wird der Fiskalvertrag von allen Staaten im parlamentarischen Verfahren ratifiziert. Bei der wirtschaftlichen Koordinierung ist ausdrücklich eine Rolle für die nationalen Parlamente und das EP vorgesehen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sparkommissar!)

Genau das nimmt der Bundestag heute ernst.

Negative Auswirkungen auf den Sozialstaat befürchtet die Bundesregierung ebenfalls nicht. Ganz im Gegenteil: Die Regeln der Haushaltskonsolidierung stellen sicher, dass der Sozialstaat erhalten bleiben kann.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Was passiert denn gerade in Griechenland?)

Es geht nicht um Ausgabenkürzungen nach dem Rasenmäherprinzip, sondern um eine langfristig angelegte Stabilitätskultur.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Haushaltsdisziplin und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stellen nur die eine Seite der Medaille dar. Gleichzeitig setzt eine nachhaltige Überwindung der Schuldenkrise voraus, dass die Volkswirtschaften in Europa auf den Wachstumspfad zurückkehren. Gefragt ist also eine Agenda für mehr Wachstum und Beschäftigung. Genau eine solche hat die Frau Bundeskanzlerin auf dem letzten Europäischen Rat vereinbart. Die Agenda muss natürlich noch mit Leben gefüllt werden;

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Ach so!)

das ist völlig klar. Man muss es noch konkretisieren. Genau daran arbeitet die Bundesregierung gerade aktiv mit den verschiedensten Ressorts. Nur das Zusammenspiel von Haushaltsdisziplin und Wachstum kann uns aus der Krise führen.

An dieser Stelle will ich ausdrücklich auf die Rede des Kollegen Kampeter verweisen. Unsere Reden werden sich in diesem Punkt ergänzen. Deshalb will ich jetzt nichts speziell zum Klagerecht sagen. Hierzu wird übrigens noch einiges kommen. Es ist geplant, bei der Unterzeichnung am 1. und 2. März 2012 eine Vereinbarung zu treffen, wie das Klagerecht durchbuchstabiert wird. Hier sind wir noch nicht am Ende der Reise.

Lassen Sie mich jetzt noch eine Reihe von Punkten aus integrationspolitischer Sicht ansprechen, die insbesondere für das Auswärtige Amt sehr wichtig sind. Der Fiskalvertrag ist bis zu seinem Enddatum, also in spätestens fünf Jahren, in die europäischen Verträge zu überführen. Deshalb müssen wir im Zusammenhang mit dem Fiskalvertrag immer überlegen, wie wir ihn in die Verträge integrieren können. Es wäre für uns natürlich Plan A gewesen, ihn bereits jetzt in Form von Vertragsänderungen einzuführen, weil – ich wiederhole es – wir die Gemeinschaftsmethode stärken wollen. Auch wenn das Vorgehen jetzt sozusagen nur ein Plan B ist, bleibt unsere bevorzugte Option, die Regelungen des Fiskalvertrags so bald wie möglich in die Verträge zu integrieren. Deshalb müssen wir Großbritannien und andere, die jetzt noch nicht dabei sind, davon überzeugen, bei den weiteren Schritten mitzumachen, damit wir spätestens in fünf Jahren zu einer Vertragsänderung kommen.

Einige meiner Vorredner haben gesagt, der Fiskalvertrag als eigenständiger völkerrechtlicher Vertrag könne zu einer Spaltung der EU führen. Bei dieser Behauptung bin ich wirklich ratlos.

Natürlich kann man sagen: Wenn noch nicht alle dabei sind, ist die EU gespalten. – Aber betrachten wir das

Staatsminister Michael Link

- (A) bitte auch einmal von der anderen Seite. Aus meiner Sicht überwinden wir gerade durch den Fiskalpakt die Spaltung, die es gibt, wenn es um die Frage geht, wie unterschiedliche Länder in der EU haushaltspolitisch nachhaltiges Wirtschaften definieren. Wir überwinden die Spaltung in der Frage, wie wir Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik definieren. Der Fiskalpakt bringt uns voran, wenn es darum geht, hier ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln. Darin sehe ich einen großen Erfolg der Verhandlungsführung der Bundesregierung.

Die EU-Institutionen spielen trotzdem eine zentrale Rolle. Der Vertrag ist nicht auf die Euro-Staaten beschränkt. Alle Nicht-Euro-Staaten außer Großbritannien und der Tschechischen Republik werden den Vertrag unterzeichnen. Nicht zu vergessen: Es ist ein ganz zentrales Element, dass seine Bestimmungen überführt werden und parlamentarisch begleitet werden können. Hier haben wir, glaube ich, einen ganz wichtigen Punkt, den der Bundestag fraktionsübergreifend geäußert hat, aufnehmen können.

Die Bundesregierung hat sich sehr dafür eingesetzt, dass es im Hinblick auf die Art und Weise, wie die Parlamente beteiligt werden, gelungen ist – und zwar trotz anderer Absichten, die es in den Verhandlungen gab –, eine entsprechende Formulierung zu finden. Es war ein ausdrücklicher Wunsch des Europaausschusses dieses Hauses, dass die Art und Weise der parlamentarischen Begleitung von den Parlamenten selbst festgelegt wird. Es geht die Bundesregierung aus unserer Sicht nichts an, wie die Parlamente diesen Prozess effizient begleiten.

- (B) Wir sind bereit, dem Bundestag in jeder Weise entgegenzukommen. Der erste Schritt unseres Entgegenkommens war, zu sagen: Das sollen die Parlamente bilateral klären.

Wir haben – damit will ich schließen – ein besonderes Augenmerk auf die enge Einbindung der Nicht-Euro-Staaten gelegt. Lassen Sie mich hinzufügen: Ich bevorzuge das Wort „Noch-nicht-Euro-Staaten“; denn wir sollten immer im Blick haben, dass wir wollen, dass die Euro-Zone auch weiterhin wächst. Starke Volkswirtschaften wie Polen – zu denken ist auch an andere Staaten, die noch nicht in der Euro-Zone sind – sollten wir weiterhin aktiv in die Euro-Zone einladen. Deshalb haben wir den Pakt so ausgestaltet, dass die Noch-nicht-Euro-Staaten eng eingebunden waren und im Rahmen künftiger Euro-Gipfel an der konkreten Arbeit beteiligt bleiben.

Mein letzter Punkt. Der Fiskalvertrag ist mit den EU-Verträgen – auch das ist angesprochen worden – vollumfänglich kompatibel. Die juristischen Dienste des Rates und der Kommission haben den Text mit der Lupe geprüft. Er enthält keine Elemente, die mit den EU-Verträgen nicht vereinbar wären.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Man traue keinem Gutachten, das man nicht selbst in Auftrag gegeben hat! – Manfred Zöllmer [SPD]: Da gibt es auch andere Meinungen!)

Wie geht es weiter? Die Unterzeichnung des Fiskalvertrages soll am Rande des ER am 1./2. März dieses Jah-

res stattfinden. Wir müssen alle drei Bereiche, die anstehen, in engem Zusammenhang sehen: die Ratifizierung des Fiskalvertrages, die Ratifizierung des ESM-Vertrages und die Ratifizierung der Änderung des Art. 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Die Bundesregierung wird versuchen, das Inkrafttreten des ESM-Vertrages, wie auf europäischer Ebene vereinbart, möglichst auf Juli 2012 vorzuziehen. Die Bundesregierung bittet deshalb den Bundestag, dies mit Blick auf den Ratifizierungskalender zu berücksichtigen. Dann können wir davon ausgehen, dass wir das Inkrafttreten des Fiskalvertrages zum 1. Januar 2013 mit der Unterstützung des Bundestages realisieren werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Der Kollege Bartholomäus Kalb hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich lange gefragt, warum die Linke eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt hat. Denn eigentlich ging ich davon aus, dass wir uns einig sind, dass wir in Europa dringend einen „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“, wie es offiziell heißt, brauchen. Ich habe diesen Titel bewusst vorgetragen, weil die Bevölkerung sonst Schwierigkeiten hat, nachzuvollziehen, was unter einem Fiskalpakt, wie wir ihn kurz nennen, zu verstehen ist. Nach der Rede von Herrn Bartsch war mir klar, worum es Ihnen geht: Sie wollen mehr Sozialismus, mehr Planwirtschaft, mehr Staat

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Nein! Das stimmt nicht! Mehr Sozialismus, das stimmt!)

und weniger Eigenverantwortung. Anders war Ihr Redebeitrag nicht zu verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Außerdem haben Sie sich über das gute Verhältnis der Frau Bundeskanzlerin zum französischen Präsidenten Sarkozy mokiert. Sie wissen genauso gut wie ich: Alle Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland haben sich um ein gutes Verhältnis zu Frankreich und damit natürlich auch zum jeweiligen französischen Präsidenten bemüht.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Aber noch nie in Wahlkämpfe eingegriffen!)

Das taten sie aus gutem Grund: weil sie sich bewusst waren, dass Deutschland und Frankreich eine besondere Verantwortung für Europa tragen. Dass sich daraus, dass man sich der Verantwortung verschreibt, auch gute persönliche Beziehungen entwickeln, liegt in der Natur der Sache.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben nur Sie!)

**Bartholomäus Kalb**

- (A) Ich sage einmal: Es ist für Europa und die Welt wahrscheinlich besser, wenn Merkel und Sarkozy ein gutes Verhältnis miteinander haben, als wenn Gesine Löttsch und Klaus Ernst mit Fidel Castro ein gutes Verhältnis haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, es wäre schon ein Fortschritt, wenn Gesine Löttsch und Klaus Ernst ein gutes Verhältnis hätten!)

Es ist vorhin von anderen Rednern leider kritisiert worden, dass von Deutschland zu wenig Solidarität geübt werde. Ich darf daran erinnern, dass wir uns sehr angestrengt haben, um das Rettungspaket I für Griechenland auf den Weg zu bringen, dass wir mit der EFSF, dem ersten Rettungsschirm, und dem zweiten Rettungsschirm viel Verantwortung übernommen haben und dass wir jetzt dabei sind, den Europäischen Stabilitätsmechanismus unter Dach und Fach zu bringen. Deutschland übernimmt bei den einzelnen Programmen jeweils den Löwenanteil in der Größenordnung von 27 bis 30 Prozent.

Wir brauchen uns hier also nicht den Vorwurf gefallen zu lassen und sollten ihn in diesem Hause schon gar nicht selber erheben, dass wir zu wenig Solidarität üben. Sie gaukeln den Menschen in Griechenland und anderen Ländern vor, es könne eine Konsolidierung der Finanzen und eine Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ohne Anstrengungen, Mühe und Verzicht geben. Wenn wir ein bisschen zurückschauen – ich nehme an, Kollege Rehberg wird darauf eingehen –, dann sehen wir: Die Konsolidierungsschritte, die auch wir in Deutschland in den letzten eineinhalb Jahrzehnten unternehmen mussten, waren nicht ganz einfach, waren nicht ohne Folgen für die Menschen, waren mit Verzicht für die Menschen verbunden und haben uns viel Mühe und Kraft gekostet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Rot-Grün!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie der Name dieses Vertrages schon sagt, geht es auch darum, für die Stabilität der Währung zu sorgen, das heißt, die Rückführung der Verschuldung in Europa zu organisieren und zu realisieren und dadurch wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu entfalten und in einer sich rasch wandelnden Welt die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt zu gewährleisten; darauf kommt es an. Es ist also notwendig, dass wir die Verschuldung zurückführen. Hier hat Deutschland ein gutes Beispiel gegeben.

Es ist ein großartiger Erfolg der Bundesregierung, dass sie 25 der 27 Mitgliedstaaten von der Einführung einer Schuldenbremse, wie sie bei uns schon jetzt im Grundgesetz steht, überzeugen konnte, sodass sie diese Schritte, Mechanismen und Maßnahmen für richtig halten. Anders wird es auch nicht gehen. Das ist zunächst im Hinblick auf die Stabilität der Währung besonders wichtig. Die Menschen erwarten von uns zuvörderst, dass wir alles für die Stabilität der Währung tun.

Darüber hinaus haben wir es in ganz Europa und nicht nur in Deutschland mit einer dramatischen demografischen Veränderung zu tun, die alle Länder Europas vor die Riesenherausforderung stellt, dafür zu sorgen, dass nicht immer mehr Lasten in die Zukunft verschoben und damit auf wenige Schultern verteilt werden. (C)

Bei diesem Vertrag, dem Fiskalpakt, und den Mechanismen, die ich vorhin genannt habe – die Rettungsschirme usw. –, geht es vordergründig um die Stabilität der Währung, um die Finanzmarktstabilität usw. Es geht aber auch um mehr: Es geht um Europa insgesamt, darum, wie es sich politisch, wirtschaftlich und kulturell entwickelt hat und wie es sich als Wertegemeinschaft empfindet.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Für die SPD hat der Kollege Michael Roth das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Michael Roth (Heringen) (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer sich aus den Klauen der Finanzmärkte befreien möchte

(Otto Fricke [FDP]: Der macht keine Schulden!)

– da haben Sie völlig recht, Herr Fricke –, der muss nicht nur die Märkte regulieren, sondern der muss sich auch aus der immer schneller angetriebenen Schuldenspirale befreien. (D)

(Joachim Spatz [FDP]: Sehr gut!)

Insofern haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Weg mit beschrritten, auf der nationalen Ebene eine Schuldenbremse einzuführen. Genauso haben wir immer für eine ausgewogene Haushaltskonsolidierung gestritten – selbstverständlich! Aber wenn hier der Eindruck erweckt wird, als sei staatliche Verschuldung per se von Übel, sollte doch zumindest einmal in die allerjüngste deutsche Geschichte geschaut werden.

Es waren doch CDU/CSU und SPD, die am Abgrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gesagt haben: Wir versuchen, mit erheblichen öffentlichen Investitionen die Auseinandersetzung im Kampf um Arbeitsplätze zu gewinnen. – Wir haben es geschafft. Wir stehen gut da, eben auch – das ist der Preis dieser Lösung gewesen –, weil wir uns in erheblichem Maße neu verschuldet haben; so viel Ehrlichkeit gehört auch in diese Debatte. Lassen Sie doch diese oberlehrerhafte Attitüde in Richtung Griechenland und anderer notleidender Staaten.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD-Fraktion haben ganz bescheidene Fragen und Maßstäbe hinsichtlich des Fiskalpaktes:

Erstens. Trägt der Fiskalpakt zur Lösung der derzeitigen Probleme bei?

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Ja!)

**Michael Roth (Heringen)**

(A) Zweitens. Hält er, was er verspricht?

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Ja!)

Drittens. Rechtfertigt er die Spaltung der Europäischen Union?

(Joachim Spatz [FDP]: Die findet ja gar nicht statt!)

Dieser Fiskalpakt zementiert das Merkel'sche Modell von Europa: ein Europa der Regierungen, ein Europa der Hinterzimmerdiplomatie.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: So ein Quatsch! – Joachim Spatz [FDP]: Hätten wir nichts machen sollen?)

Hier wird die Demokratie nicht gestärkt. Hier wird die Demokratie geschwächt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Es gab noch nie so viel Parlamentsbeteiligung wie in diesen Tagen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir zahlen für diese Politik einen hohen Preis. Man muss einmal schauen, wie die Kommentare aus unseren Nachbarländern klingen. Ich empfehle einmal, die Beiträge

(Joachim Spatz [FDP]: Aus Frankreich! Das ist schon klar!)

(B) des luxemburgischen Ministerpräsidenten oder auch des luxemburgischen Außenministers zu lesen. Wir haben uns mit dieser Politik von den kleineren Mitgliedstaaten entfremdet. Deutschland hat sich immer auch als Sachwalter der Interessen der kleineren Mitgliedstaaten verstanden. Wir haben mit dieser Tradition gebrochen. Das muss diese Regierung mitverantworten.

(Beifall des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD])

Wir haben im gleichen Maß die Gemeinschaftsinstitutionen geschwächt.

(Joachim Spatz [FDP]: Quatsch!)

Beispiel Klagerecht: Nicht die Kommission soll klagen, sondern ein Mitgliedstaat oder mehrere Mitgliedstaaten sollen gegen andere Mitgliedstaaten klagen.

(Otto Fricke [FDP]: Wer wollte das?)

Glauben Sie allen Ernstes, dass das jemals passieren wird? Bundestagspräsident Lammert hat schon in der vergangenen Woche eingefordert, die Sanktionen müssten automatisch erfolgen, sonst sehe er keine parlamentarische Mehrheit im Deutschen Bundestag für den Fiskalpakt.

Ich will nur einmal daran erinnern: Wer hat denn damals, als die Europäische Kommission und das Europäische Parlament automatische Sanktionen vorgeschlagen haben

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Genau! Das waren Schröder und Eichel!)

– das war im vergangenen Jahr –, diesen Vorschlag bei einem Spaziergang in Deauville geopfert? Das waren doch Frau Merkel und Herr Sarkozy. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Nein, Sie meinen Schröder und Eichel!)

All das, was Sie sich jetzt an die Brust heften, hätte man schon längst im Gemeinschaftsrecht ohne die Spaltung der Europäischen Union in Länder, die sich am Fiskalpakt beteiligen, und in Länder, die sich am Fiskalpakt eben nicht beteiligen, haben können.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das waren doch Schröder und Eichel!)

Warum sind Sie diesen gemeinschaftlichen, diesen solidarischen Weg nicht weitergegangen? Die jetzigen Vereinbarungen rechtfertigen aus meiner Sicht nicht diese massive Auseinandersetzung und diesen starken Legitimationsbruch.

Meine Fraktion spricht sich selbstverständlich für einen Fiskalpakt aus, aber für einen echten Fiskalpakt,

(Otto Fricke [FDP]: Mit Automatismen?)

für einen Fiskalpakt, der den Kampf gegen das Steuereumping in der Europäischen Union endlich aufnimmt. Es kann nicht angehen, dass Länder in der Europäischen Union eine beschämend niedrige Unternehmensbesteuerung haben und wir die Solidaritätslasten zu tragen haben.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Gilt das auch für die Lebensarbeitszeit?) (D)

Selbstverständlich sind wir für einen Fiskalpakt, mit dem man genauso wie für Haushaltskonsolidierung auch für Investitionen in die Energiewende streitet,

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Wo kommt das Geld her?)

für Investitionen in den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für Investitionen in Innovationen. Ein bisschen mehr Respekt und ein bisschen mehr Anerkennung gegenüber den griechischen Verantwortlichen hätte ich mir auch aus Ihren Reihen gewünscht. Stellen Sie sich nur einen kurzen Moment vor, wir müssten das, was derzeit in Griechenland beraten und diskutiert wird, hier im Deutschen Bundestag beschließen: massive Absenkung der Mindestlöhne – die wir leider noch gar nicht haben –,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Da sieht man, dass Sie falsch liegen!)

massive Absenkung der Renten und der Altersvorsorgeleistungen, massive Kürzungen im Sozialbereich, massiven Personalabbau im öffentlichen Dienst. Ich will nicht sagen, dass all das nicht notwendig wäre,

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

aber meine Fraktion würde sich ein bisschen mehr Respekt und Anerkennung statt Ihrer permanenten arroganten, oberlehrerhaften Attitüde wünschen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Otto Fricke hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Otto Fricke (FDP):**

Geschätzte Frau Vizepräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Roth, arrogant ist doch im Zweifel immer der, der anderen oberlehrerhaft Arroganz vorwirft.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Da sind Sie ja Experte!)

Deswegen schlage ich vor: Lassen wir das sein. Ich unterstelle Ihnen keine Arroganz; denn ich glaube nicht, dass das ein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist.

Ich will jetzt etwas zu Griechenland sagen, und zwar in Richtung der griechischen Bürger und der griechischen Politiker. Diese Zeit ist für alle Beteiligten verdammt schwer und hart. Das wissen wir Politiker in allen Fraktionen hier genau, und das achten wir auch.

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Das hindert uns aber nicht daran, dafür zu streiten, die richtigen Lösungen für unser Land und für Griechenland zu finden.

**(B)**

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Manfred Zöllmer [SPD]: Ja! Die richtigen Lösungen!)

Weder Sie noch wir haben die absolute Sicherheit und Gewissheit, geschweige denn die Weisheit, die Frage, was richtig oder falsch ist, korrekt zu beantworten. Denn manches, was auf den ersten Blick richtig, schön und wählbar erscheint, erweist sich auf den zweiten Blick als falsch.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Genau damit hat Frau Merkel große Erfahrungen gemacht!)

Zu dem Thema der Aktuellen Stunde, das ich gut gewählt finde, will ich auf einen Punkt hinweisen: die Auswirkungen auf Demokratie und Sozialstaat.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Kein Cent für Griechenland!)

Warum haben wir diese Zustände in Griechenland? Wie konnte eine Demokratie in diese Situation kommen? Damit kommen wir an den Punkt, bei dem ich jeden Bürger um Aufmerksamkeit gegenüber der Politik und uns allen bitte. Es ist leider für zu viele in der Politik und für viel zu viele in der griechischen Politik der einfache Weg gewesen, auf Mehrausgaben zu setzen.

(Zuruf von der LINKEN: Weniger Einnahmen!)

Wir alle wissen, dass es einfacher ist, dem Bürger zu sagen: „Das bekommst du; dafür Sorge ich“, und das dafür nötige Geld irgendwoher zu holen, (C)

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Einfach, niedrig und gerecht! Genau!)

als zu sagen: „Nein, ich mache das nicht“, weil ich nicht bereit bin, dafür in die Verschuldung zu gehen. Die griechischen Regierungen, egal von welcher Seite, sind in die Verschuldung gegangen.

Wir können darüber streiten, an welcher Stelle man bei der Sanierung mit Einsparungen ansetzt. Das ist die politische Diskussion, die wir immer wieder führen. Wir dürfen aber nicht verkennen, dass der Fehler darin lag, dass es der Politik in Griechenland wie in vielen anderen Ländern Europas und vielleicht auch in Deutschland zu einfach gemacht worden ist, Schulden zu machen und die Probleme irgendeiner nachfolgenden Generation vor die Haustür zu kehren. Der Fiskalpakt bewirkt, dass so etwas nicht mehr passiert. Das halte ich auf Dauer für weit besser für eine Demokratie, als die Dinge laufen zu lassen, auf die Inflation zu setzen und sich nachher zu wundern, dass die Mittelschicht komplett wegbröckelt und das Vertrauen in die Demokratie verloren geht. Deswegen halte ich mit meiner Fraktion und der Koalition diesen schwierigen Weg für den einzig gangbaren Weg.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Thema Sozialstaat: Wir werden in der Politik nie zu einer Einigung darüber kommen, welche Mittel und Leistungen für einen Sozialstaat die richtigen sind. Das ist auch gut so, weil es einen Wettbewerb um die besten Ideen gibt. Dabei gilt aber: Auch der Sozialstaat muss erwirtschaftet werden. Er muss durch Leistungen der Starken erbracht werden. Und deshalb gibt es in einem Sozialstaat Grenzen der Leistungsfähigkeit. (D)

Wenn man will, dass der Sozialstaat existiert, dann kommt man zu der Frage: Ist es richtig, heute Zusatzrenten und morgen ein 13. oder 14. Gehalt und soziale Leistungen zu versprechen

(Manfred Zöllmer [SPD]: Oder Steuer-senkungen!)

und das Ganze, wie es in Griechenland der Fall war, auf Pump zu machen und erst im Nachhinein die Auseinandersetzung zu führen und dann bei denen anzusetzen, die auf den Sozialstaat gehofft und vertraut haben?

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Dann kürzt man mal lieber den Mindestlohn um 20 Prozent!)

– Da kommt der Mindestlohn! Wir merken doch – das kann ich zumindest für die FDP sagen –, dass die Argumentation zum Mindestlohn, die wir immer wieder vorgebracht haben, vollkommen richtig ist. Ist der Mindestlohn zu hoch, sieht der Arbeitsmarkt so aus wie in Griechenland. Ist er zu niedrig, dann hat er keinen Effekt.

Otto Fricke

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD und der LINKEN)

– Ich weiß, dass Sie jetzt aufschreien. Aber beobachten Sie, was in Griechenland passiert.

(Zurufe von der SPD)

Es zeigt sich doch, dass bei einem Mindestlohn in dieser Höhe keiner in Griechenland investieren wird, weil sich jeder sagen wird: Angesichts dieses Mindestlohns und der Leistungen, die erbracht werden, kann ich auch weiterhin in einem hochproduktiven Land wie Deutschland produzieren. Deswegen funktioniert dieser Ansatz nicht. Dabei geht es nicht um die Frage, dass jemand, der 40 Stunden arbeitet, von dieser Arbeit leben können muss.

Ein weiterer Aspekt zum Punkt Sozialstaat: Was für eine Aufgabe hat ein Sozialstaat als Teil einer sozialen Marktwirtschaft in einem modernen Europa? – Er hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Bürger darauf vertrauen können, dass das Versprechen von heute auch morgen eingehalten wird, dass also gesagt wird: Lieber dauerhaft 1 Prozent weniger als kurzfristig 10 Prozent mehr und nachfolgend Inflation.

Von daher halten wir den Fiskalpakt auch mit all den Argumenten, die die Vorredner der Koalition schon genannt haben, für dringend notwendig. Wir halten ihn für essenziell. Notwendige Voraussetzung ist ein Umdenken beim Umgang mit der Verschuldung; denn nur dann, wenn Politik daran gehindert wird, mehr Geld auszugeben, als sie bekommen kann, wird sie auf Dauer Vertrauen in die Demokratie und den Sozialstaat schaffen.

- (B)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Das Wort für die Bundesregierung erhält nun der Parlamentarische Staatssekretär Steffen Kampeter.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Steffen Kampeter**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Danke, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Europa war und ist eine Riesenchance für Deutschland. Unser Land hat diese Chance in der Vergangenheit redlich genutzt und sollte sie in der Zukunft auch weiter nutzen.

Ich glaube, es stimmt: Wir gelten als diejenige Nation, die in dem europäischen Einigungsprozess politisch und ökonomisch auf der Gewinnerseite steht. Die deutsche Wiedervereinigung wäre zum Beispiel ohne den vorhergegangenen europäischen Integrationsprozess niemals möglich gewesen, und wirtschaftlich ist die Exportnation Deutschland wie wenige andere Länder darauf angewiesen, dass es einen gemeinsamen Binnenmarkt gibt. Wir Deutsche sollten für eine europäische Erfolgsgeschichte dankbar sein, die uns politisch und wirtschaftlich vorangetrieben hat. Wir sollten als Erste daran

mitwirken, diesen europäischen Integrationsprozess wirtschaftlich und politisch zu vertiefen, und zwar nicht nur, weil wir weiter davon profitieren wollen, sondern weil wir mehr Nationen einladen wollen, an dieser europäischen Erfolgsgeschichte mitzuwirken, ihr beizuwohnen und sie zu teilen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Als wir in den 90er-Jahren für Teile dieses Europas eine gemeinsame europäische Währung entwickelt haben, waren wir der festen Überzeugung, dass es zweier Dinge bedarf: erstens einer unabhängigen Zentralbank und zweitens einer stabilen Finanzpolitik in allen Euro-Zonen-Ländern. Die eine Säule heißt EZB, die andere ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Beide Säulen haben gut gewirkt. Das wird deutlich, wenn man sich ansieht, welche Konvergenz von den 90er-Jahren bis zur Mitte dieses Jahrzehnts – bis 2008 – erreicht wurde.

Als wir Deutsche 2003/2004 allerdings in Schwierigkeiten geraten sind, haben wir nicht unser Verhalten, sondern die Regeln geändert. Wir haben dem Stabilitäts- und Wachstumspakt gemeinsam mit anderen Ländern die Stabilitätsvorgabe entzogen. Stabilität in Europa war nichts mehr wert, und mit der ersten Finanzkrise wurde dies offenkundig. Wenn ich heute höre, dass die Vertreter von Rot und Grün, die damals die Verantwortung dafür getragen haben, dass die Stabilität in Europa nicht mehr so viel wert war wie zu Zeiten Theo Waigels,

(Widerspruch bei der SPD)

in ihren Redebeiträgen sagen, dass die Wiederherstellung von Stabilität nicht so wichtig sei, dann kann ich mir das nicht anders erklären, als dass sie offensichtlich ihr schlechtes politisches Gewissen für das Versagen der damaligen Bundesregierung bei der Novellierung des Stabilitätspaktes umtreibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich finde es für den Bundesfinanzminister und diese Bundesregierung richtig, notwendig und wichtig, dass die Stabilitätsversprechen wieder strikt eingehalten werden. Deshalb ist dieser Fiskalpakt notwendiger denn je. Er ist ein erster wichtiger Schritt. Er ist ein weiterer Schritt hin zur politischen Union, die wir anstreben und für notwendig erachten.

Wenn hier gespottet wird, dass ein solcher völkerrechtlicher Vertrag innerhalb von zwei Monaten zusammengestellt worden sei, dann entgegne ich: Das ist Integration in Hochgeschwindigkeit. Diese war allerdings auch notwendig. Europa hat sich somit als handlungsbereit, als handlungswillig und als handlungsfähig gezeigt. Das ist ein gutes Signal an die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Kollege Bartsch hat hier eher für *Neues Deutschland* und *junge Welt* als zur Sache geredet. Deshalb will ich noch einmal deutlich machen, worum es in dem Fiskalpakt geht. Er hat dies gelegentlich unterschlagen.

(C)  
(D)

**Parl. Staatssekretär Steffen Kampeter**

- (A) Erstens. Ehrgeizige Vorgaben für Fiskaldisziplin und nationale Schuldenbremsen für alle Teilnehmerstaaten des Fiskalpaktes und nicht nur im deutschen Grundgesetz.

Zweitens. Die Einhaltung der Regeln kann nun erstmals durch den Europäischen Gerichtshof überprüft werden, und Verstöße können mit Sanktionen belegt werden.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Klappt nicht!)

Das ist ein wichtiger Schritt. Der Kollege Link hat gesagt: Daran müssen wir noch weiter arbeiten. – Aber hier gilt schon einmal: mehr Stabilität für Europa.

Drittens. Schuldenbremsen sind nicht durch ein einfaches Gesetz zu verankern, das man sozusagen mit einem Fingerschnipp wieder aufheben kann – deswegen appelliere ich auch an alle Länder in Europa, darüber hinauszugehen –, sondern sie brauchen eine besondere rechtliche Qualität, beispielsweise einen Verfassungsrang.

Viertens. Der Fiskalpakt und der Rettungsschirm werden miteinander verzahnt, also keine Solidarität ohne Solidarität. Solidarität setzt auch auf Eigenverantwortung. Es kann keiner in Europa ohne Einhaltung von Fiskaldisziplin darauf setzen, dass andere ihn heraushauen. In diesem Sinne ist die Verzahnung von Fiskalpakt und europäischem Rettungsschirm wichtig.

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

- (B) Dass automatische Sanktionen nun kodifiziert sind, ist ein weiterer wichtiger Erfolg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Fiskalpakt ist ein gutes Stück Europa. Wir sollten das auch laut und deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In manchen Redebeiträgen hier im Haus ist deutlich geworden, dass wir klar festhalten sollten: Heute, 2012, ist auch ein Schlusspunkt für schuldenfinanziertes Wachstum gesetzt. Wir haben einen so hohen Schuldenstand erreicht, dass das Denken der 70er- und 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts nicht mehr zieht. Wer heute glaubt, mit mehr Verschuldung mehr Wachstum zu erzeugen, der irrt.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat auch keiner behauptet!)

Mit mehr Verschuldung erzeugt man weniger Vertrauen, und durch weniger Vertrauen erzeugt man lediglich mehr Probleme. Auch das ist das Credo dieses Fiskalpakts, der von ganz Europa mitgetragen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manfred Zöllmer [SPD]: Weshalb wollen Sie dann mehr Schulden?)

Ich habe gerade gehört, wie der Kollege Roth für die sozialdemokratische Bundestagsfraktion erklärt hat: Schulden sind gut; wir haben in Deutschland welche gemacht, und deswegen muss auch Griechenland mehr Schulden machen.

- (C) (Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Das zeigt, dass der Kollege Roth die letzten 20, 30 Jahre der europapolitischen und der ökonomischen Entwicklung schlichtweg verschlafen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frank Steffel! – Manfred Zöllmer [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Wachstum durch Schulden, das ist altes Denken; das trägt nicht im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manfred Zöllmer [SPD]: An Ihrer Stelle würde ich die Backen nicht so aufblasen!)

Lassen Sie mich ein Wort zu Griechenland sagen. Es ist festzuhalten – das ist in dieser Debatte verschiedentlich angesprochen worden –: Der Fortschritt auf griechischer Seite in den letzten Wochen war unzureichend. Griechenland muss handeln. Europa wartet auf griechische Entscheidungen. Für heute Abend hat der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, die Finanzminister zu einem neuerlichen Treffen eingeladen, um die Erkenntnisse, die die Troika gewonnen hat, und den Stand bei der Beteiligung des privaten Sektors zu bewerten. Gegebenenfalls wird es im Kreise der Finanzminister auch zu Beschlüssen kommen. Klar ist allerdings, es sind von griechischer Seite noch nicht alle Fragen beantwortet:

- (D) Erstens. Wie will man die offenkundig vorhandene Finanzierungslücke im laufenden Haushaltsjahr in Griechenland schließen?

Zweitens. Was sagt die griechische Seite zu dem Thema des vorbeugenden Handelns? Auf Ankündigungen kann man keine solide Politik aufbauen. Politik bedarf eines konkreten Handelns.

Drittens. Wie stellen sich die griechischen Parteien, die den griechischen Premierminister gewählt und gestützt haben, zu diesen Verabredungen? Werden die Verabredungen auch von einer breiten politischen Mehrheit getragen?

Ohne die Antworten aus Griechenland kann Europa nicht handeln. Europa ist handlungswillig, wenn Griechenland handelt und verbindliche Zusagen macht. Das ist die klare Botschaft, die auch von dieser Debatte ausgehen sollte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das griechische Beispiel zeigt aber auch: Verantwortung für nationale Haushalte haben vor allen Dingen die Nationalstaaten selbst. Verantwortung muss von allen Seiten wahrgenommen werden, auch von der griechischen Seite. Das entspricht den griechischen Interessen; denn nur wenn die Haushalte solide sind, wird Griechenland auch politisch, sozial und wirtschaftlich auf Dauer solide sein. Das entspricht auch den Erwartungen in Deutschland. Aber vor allen Dingen entspricht das den Interessen Europas an einer dauerhaften Stabilität nicht nur in Griechenland, sondern in allen Haushalten in der

**Parl. Staatssekretär Steffen Kampeter**

- (A) Euro-Zone und weit darüber hinaus. Deswegen ist dieser Fiskalpakt richtig, dringend und zwingend notwendig für mehr Stabilität in Europa. Mehr politische Union bedeutet mehr politisch-wirtschaftliche Stabilität für unser Vaterland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich abschließend auf einen Punkt hinweisen, der auch in dieser Debatte eine Rolle gespielt hat, nämlich die parlamentarische Begleitung dieses Integrationsprozesses. Ich möchte mich beim Deutschen Bundestag ausdrücklich für die sehr intensiven Beratungen in den letzten ein, zwei Jahren zu diesem Themenbereich bedanken, neben dem Plenum insbesondere im Haushaltsausschuss und im Europaausschuss. Ich gehöre dem Hohen Haus seit etwas mehr als 20 Jahren an. Seit der Wiedervereinigung ist diese Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Legislative und Exekutive, die bei einigen zentralen europapolitischen Entscheidungen, die in dieser Zeit zu treffen waren, immer wieder nötig wurde, nicht nur beispielhaft, sondern intensiv und gegenseitig bereichernd.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das gilt für die Beratungen zum Sixpack, zum ESM, zur EFSF, zu dieser Griechenland-Entscheidung und zu diesem Fiskalpakt.

- (B) Zu den Aussagen von Rednern der Opposition, hier sei eine Form der Entparlamentarisierung oder der demokratischen Entäußerung diskutiert worden, kann ich nur sagen: Das ist schlichtweg Unsinn. In diesen Gremien sind doch Vertreter aller Fraktionen. Ich weise darauf hin, dass ein Vertreter der Opposition – er ist leider nicht mehr da – gestern im Haushaltsausschuss gesagt hat, die Beteiligung des Parlaments an diesen Prozessen sei im Vergleich zu Parlamenten anderer europäischer Länder, die er beobachtet habe, vorbildlich und beispielgebend.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Es ging um das Europäische Parlament! Das spielt doch gar keine Rolle mehr!)

Wenn selbst die Opposition im Haushaltsausschuss damit zufrieden ist, wie wir diese Prozesse demokratisch begleiten, dann kann die Bundesregierung nicht mehr machen. In diesem Sinne werden wir weiter darum ringen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sehen uns erst einmal vor dem Verfassungsgericht, Herr Kampeter!)

Wir werden Sie aufrichtig und umfassend informieren –

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**  
Herr Kollege.

**Steffen Kampeter,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

– und setzen für Europa und die Zukunft Europas mit mehr finanzieller Stabilität auch auf Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Das Wort hat der Kollege Alexander Ulrich für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Alexander Ulrich (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kampeter, es ist sehr interessant, dass Sie definieren wollen, wozu wir bei der Aktuellen Stunde, die wir beantragt haben, reden dürfen. Das müssen Sie schon der Fraktion überlassen, die die Aktuelle Stunde beantragt hat. Auch Herr Kalb von der CDU/CSU hat sich gewundert, dass der Fiskalpakt überhaupt Thema ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Beim Thema bleiben!)

Ich möchte darauf aufmerksam machen: Wir reden hier von einem historischen Vertrag. Seit zwei Monaten gibt es darüber Hunderte von Gesprächen europaweit und in Hinterzimmern, aber am Parlament und an der Öffentlichkeit geht das Thema vorbei. Durch die Aktuelle Stunde, die die Linksfraktion beantragt hat, wird das Thema Fiskalpakt endlich auch einmal im Plenum des Bundestages behandelt. Eigentlich bedürfte es einer Regierungserklärung, damit auch das Parlament und die Öffentlichkeit erfahren, was Sie hier vorhaben.

(Beifall bei der LINKEN – Joachim Spatz [FDP]: Es gab schon eine Regierungserklärung im Dezember!)

Frau Hinz, ich weiß nicht, ob es eine Steigerungsform von „pleite“ gibt.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Linkspartei!)

Sie haben uns kritisiert, weil wir dem Griechenland-Paket nicht zugestimmt haben. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass seit dem ersten Griechenland-Hilfspaket die Verschuldung in Griechenland zugenommen hat?

(Joachim Spatz [FDP]: Na klar!)

Wir als Linke haben gesagt: Mit dieser Politik treibt man die griechische Wirtschaft in die Rezession. Das wird zu massivem Sozialabbau führen, und am Ende wird es den Griechen schlechter gehen.

(Otto Fricke [FDP]: Sie haben nur nicht gesagt, wer das bezahlen soll!)

Genau diesen Zustand finden wir heute vor. Das zeigen die Bilder aus Griechenland. Das heißt, die Linke, die einzige Fraktion, die vor diesem Weg gewarnt hat, hat das Paket im Bundestag zu Recht abgelehnt.

(Beifall bei der LINKEN – Joachim Spatz [FDP]: Sagen Sie doch mal, wer das bezahlen soll! – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hätten Sie gemacht?)

(C)

(D)

Alexander Ulrich

- (A) Wir sind auch deshalb dankbar für die Aktuelle Stunde, weil die FDP erneut gezeigt hat, welches neo-liberale und menschenverachtende Bild sie eigentlich verfolgt.

(Widerspruch bei der FDP – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Bingo!)

Wenn hier gesagt wird, der Mindestlohn sei ein riesiges Problem, dann weise ich Sie noch einmal darauf hin: Der Mindestlohn soll jetzt in Griechenland von 750 Euro auf 580 Euro gekürzt werden; das entspricht einem Stundenlohn von 3,60 Euro bei vergleichbaren Lebensverhältnissen. Das zeigt, wohin Sie die Völker Europas führen wollen: in Armut und Sozialabbau.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Waren Sie eigentlich einmal dort? Das ist absurd!)

Es war gut, dass Sie dies heute noch einmal kundgetan haben. Sicher in diesem Zusammenhang ist: Die FDP ist mit ihren 3 Prozent noch zu gut bewertet.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Fiskalpakt ist das Diktat der Finanzmärkte in Vertragsform.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Blödsinn!)

Wenn Sie, Herr Barthle, sagen, es sei fast schon historisch, was die Kanzlerin gemacht habe, und das mit einem Glorienschein versehen, dann sage ich Ihnen: Das, was die Kanzlerin mit Sarkozy verhandelt oder erpresst hat

- (B) (Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: „Erpresst“ hat? Straftat!)

im Sinne der Ackermänner dieser Welt, ist der Sargnagel für ein europäisches Sozialmodell und die Demokratie in Europa. Wir werden die europäischen Völker tief in die Krise führen, noch tiefer als heute.

(Beifall bei der LINKEN – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bevölkerungen!)

Dann heißt es immer, wir hätten eine Staatsschuldenkrise. Ich habe hier ein Schaubild von der Europäischen Zentralbank. Bitte nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis.

(Otto Fricke [FDP]: Sie müssen das umdrehen!)

Wir hatten bis zur Lehman-Brothers-Pleite keine Staatsschuldenkrise. Erst zu diesem Zeitpunkt ist die Staatsschuld größer geworden, weil wir die Banken gerettet haben. Wir haben also keine Staatsschuldenkrise, sondern eine Krise durch die Rettung von Banken, und das soll jetzt durch Sozialabbau ausgeglichen werden.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Können Sie das beziffern, wie die Banken unsere Staatsverschuldung erhöht haben?)

Es gibt zwei Möglichkeiten, um die Schulden in den Griff zu bekommen: Die eine Möglichkeit ist, die Einnahmeseite zu erhöhen, die andere Möglichkeit ist – das

- machen Sie – Sozialabbau. Wir sind offensichtlich die einzige Fraktion im Bundestag, die sagt: Man muss die Einnahmeseite erhöhen und darf Europa nicht mit Sozialabbau in die Rezession treiben. (C)

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU/CSU: Also Steuern rauf in Griechenland? – Sie reden von Dingen, von denen Sie keine Ahnung haben!)

Deshalb sagen wir klipp und klar: Wir als Linke werden diesen Fiskalvertrag hier ablehnen.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn das Leben so einfach wäre, wie sich die Linke das vorstellt!)

Herr Roth, Sie haben hier wiederholt, dass der Fiskalvertrag keine Lösung bietet. Wir sind gespannt, wie sich die SPD im Bundestag verhalten wird. Denn eines ist klar: Wenn etwas schlecht ist, dann kann man nicht – auch nicht aus staatspolitischer Verantwortung – zustimmen. Denn es gibt keine staatspolitische Verantwortung, die fordert, eine falsche Politik zu unterstützen. Sie haben bei den Griechenland-Paketen und bei den Schutzschirmen immer zugestimmt. Aber die SPD muss ihren Worten im Plenum endlich auch einmal Taten folgen lassen. Wenn Sie das für richtig halten, was Sie hier sagen – ich sage: Es war richtig –, müssen Sie den Fiskalvertrag ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie mit der neoliberalen SPD paktieren?) (D)

Für die Linke ist relativ klar: Die Einnahmeseite muss erhöht werden. Deshalb:

(Zuruf von der CDU/CSU: Steuern rauf!)

Unsere Schuldenbremse heißt nicht Sozialabbau, unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer.

(Zuruf von der FDP: Ja, für die Griechen! Griechische Millionäre! Onassis! – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das löst leider nicht alle Probleme dieser Welt!)

Im Fiskalvertrag findet sich auch kein Ton darüber, wie eigentlich die Finanzmärkte, die uns in diese Krise hineingetrieben haben, beteiligt werden sollen. Kein Wort von einer Finanztransaktionsteuer! Kein Wort von einer Beteiligung der Banken! Kein Wort von höheren Spitzensteuersätzen! Nein, was man hört, ist: Die Staaten sollen mit Sozialabbau ihre Haushalte in den Griff bekommen.

Es bleibt dabei: Das wird der europäischen Idee massiv schaden. Sarkozy und Merkel haben sich zu Erfüllungsgehilfen von Ackermann gemacht. Das wird die europäische Idee nachhaltig beschädigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU/CSU – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Langsam wird es langweilig!)

- (A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**  
Für die CDU/CSU-Fraktion ergreift jetzt der Kollege Eckhardt Rehberg das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Dieser Fiskalpakt ist aus meiner Sicht zweifach historisch, und zwar weil er

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon gescheitert ist!)

erstens Fehler der letzten 20 Jahre in der europäischen Politik korrigiert und zweitens, Kollege Roth, auf Nachhaltigkeit setzt. Dieser Fiskalpakt setzt auf Nachhaltigkeit, auf Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe den Diskussionsprozess in der Großen Koalition zum Thema Schuldenbremse noch gut in Erinnerung: Es war schon für uns ein schwieriger Weg, zu einem Ziel zu kommen. Es war aber auch ein notwendiger Weg. Staatssekretär Kampeter hat zu Recht gesagt: Es muss Schluss sein mit dem schuldenfinanzierten Wachstum. – Dass der Fiskalpakt nun innerhalb von zwei Monaten durchgebracht wurde und 25 europäische Staaten ihm zugestimmt haben, ist gerade für die süd-europäischen bzw. südosteuropäischen Länder nicht nur ein politischer Paradigmenwechsel, sondern auch ein kultureller Paradigmenwechsel bezüglich der Fragen: Wie stehe ich zu Schulden, wie stehe ich zur Geldpolitik? Deswegen sollte man diesen Fiskalpakt mit all seinen Mechanismen nicht kleinreden; denn er ist ein wichtiges Instrument, damit wir in Europa Stabilität bekommen.

(B)

Meine Damen und Herren von den Linken, Solidarität kann keine Einbahnstraße sein. Glauben Sie denn, dass sich, wenn wir Ihren Vorschlägen gefolgt wären, an irgendeiner Stelle irgendetwas in Griechenland bewegt hätte? Kollege Bartsch, gelegentlich sollten Sie sich einmal einen Bericht aus dem Oktober 1989 vornehmen, den sogenannten Schürer-Bericht über die Verhältnisse in der ehemaligen DDR. Unter anderem haben da Einnahmen und Ausgaben überhaupt nicht mehr zueinandergepasst. Ich kann nicht 1 Euro einnehmen und 2 Euro ausgeben. Das führt zur Krise des Sozialstaats und zur Krise der Demokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt wird gefordert, das Wachstum in Griechenland besonders zu fördern, mit einem Marschallplan, einem Merkel-Plan. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn meine Informationen stimmen, stehen Griechenland in der Förderperiode der Europäischen Union von 2006 bis 2013 20 Milliarden Euro zur Verfügung.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Davon sind gerade einmal 5 Milliarden Euro abgerufen. Diese Förderperiode dauert noch zwei Jahre. Griechenland muss im Gegensatz zu anderen europäischen Län-

dem lediglich 5 Prozent kofinanzieren. Das heißt, für Griechenland liegen für Forschung, Entwicklung, Infrastruktur, gewerbliche Wirtschaft 15 Milliarden Euro bei der Europäischen Union bereit. Es gibt nur ein Problem.

(Zuruf von der SPD: Die Kofinanzierung!)

Nein, es geht dabei nicht um die Kofinanzierung;

(Zuruf von der SPD: Natürlich!)

denn dafür kann das Geld verwendet werden, das wir Griechenland im Rahmen der Kredittranchen auszahlen. – Das Problem ist, dass die staatliche Administration in Griechenland einfach nicht in der Lage ist, konkrete Anträge zu stellen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Ich muss sagen: Hier geht es nicht um unsere Verantwortung, sondern um die Verantwortung der Griechen. Sie müssen selber für Wachstum und Beschäftigung sorgen. Die Europäische Union setzt nur die Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie, meine Damen und Herren von der linken Seite, fordern uns auf, einen größeren Beitrag zu leisten. Wir sind bereits das größte Nettozahlerland in der Europäischen Union. Deutschland leistet auch an dieser Stelle seinen Beitrag, hilft Griechenland und zeigt damit seine Solidarität.

Deutschland war vor zehn Jahren die lahme Ente in Europa. Kollege Roth, Sie verabschieden sich sehr schnell und sehr gerne von der erfolgreichen Politik, die Sie damals, als Sie in der Regierungsverantwortung standen, gemacht haben. Ich meine die Agenda 2010.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Dazu habe ich doch wirklich nichts gesagt!)

Die Arbeitsmarktreform war der erste Baustein, um Wachstum und Beschäftigung zu generieren. Auch von dem zweiten Baustein verabschieden Sie sich, nämlich von den Steuersenkungen.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Mehr Geld für Bildung!)

Wir haben die Einnahmeseite durch Wachstum deutlich gestärkt. Man muss nicht Steuern erhöhen, um die Einnahmeseite zu stärken. Man muss vielmehr Wachstum generieren. Dann wird die Einnahmeseite gestärkt. Das ist uns in den letzten Jahren erfolgreich gelungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Noch etwas anderes kommt hinzu: Die Große Koalition und danach die christlich-liberale Koalition haben mit den Konjunkturpaketen I und II eine steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, was die volle Jahreswirkung betrifft, von insgesamt 30 Milliarden Euro vorgenommen. Die Steuerermehreinnahmen und die Entlastung der Bürger haben dazu geführt, dass wir heute in Europa so dastehen, wie wir dastehen. Ich glaube, die Opposition sollte schon einmal deutlich machen, dass die erfolgreiche Politik, die wir in Deutschland in den

(C)

(D)

**Eckhardt Rehberg**

- (A) letzten Jahrzehnten gemeinsam getragen haben, vorbildlich für Europa sein kann.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Der Kollege Manfred Zöllmer spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Manfred Zöllmer (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rehberg, ganz herzlichen Dank für Ihr geradezu euphorisches Lob für die sozialdemokratische Politik der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD – Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Ja, der Vergangenheit!)

– Wir sind im Moment nicht an der Regierung. Das wird sich aber 2013 ändern. Da können Sie ganz sicher sein.

(Joachim Spatz [FDP]: Na ja!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion wird fälschlicherweise Fiskalpakt genannt. Eigentlich ist es kein Fiskalpakt; es ist ein Haushaltspakt. Aus unserer Sicht wäre es aber nicht schlecht gewesen, sich auch einmal mit der fiskalischen Seite zu beschäftigen und etwa einen Pakt gegen Steuereumping zu vereinbaren oder eine vernünftige Vereinbarung im Zusammenhang mit der Finanztransaktionssteuer vorzulegen.

- (B)

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Gegen zu kurze Wochenarbeitszeiten!)

Vielleicht wäre es dann möglich gewesen, mehr soziale Ausgewogenheit bei der Bekämpfung der gegenwärtigen Krise zu schaffen.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Vielleicht! Eventuell!)

Die aktuelle Krise in Europa ist – das ist, so glaube ich, Fakt – nur zum Teil eine Staatsschuldenkrise. Es ist natürlich richtig, dass das von Banken und Finanzmärkten immer suggeriert wird. Sie wollen sich aus der Verantwortung stehlen; denn die aktuellen Schulden sind überwiegend das Erbe der Finanzmarktkrise.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Was? Griechenland hat seine Schulden wegen der Finanzmarktkrise? – Joachim Spatz [FDP]: So ein Quatsch!)

– Ja, das ist so. Schauen Sie sich die Beispiele an. Die Statistik, die hier vorgestellt wurde, war doch nicht falsch; sie war richtig. – Es hat aber eine Ausnahme gegeben, auf die man hinweisen muss. Diese Ausnahme ist Griechenland. Der Schuldenbrand in Griechenland war in der Tat bereits da, im Übrigen – das muss man in aller Deutlichkeit sagen – unter einer konservativen Regierung.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Diese Rechnung braucht man Europa nicht vorzulegen!)

(C)

Da hat die Finanzmarktkrise nur als Brandbeschleuniger gewirkt.

Wir müssen mit Blick auf Europa insgesamt feststellen: Es gibt einen haushaltspolitischen Schlendrian, der bekämpft werden muss. Die Frage ist nur: Wie erreichen wir wieder solide Haushalte? Mit dem Fiskalpakt setzen Sie ausschließlich auf Einsparungen und wundern sich dann über die konjunkturellen und sozialen Auswirkungen einer reinen Austeritätspolitik.

Wohlgermerkt, wir Sozialdemokraten sehen die Notwendigkeit von Solidität in den Staatshaushalten. Doch Solidität ohne Solidarität, ohne Wachstum und soziale Ausgewogenheit, verschärft die Krise, statt sie zu überwinden.

(Beifall bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Solidarität ohne Solidität führt auch ins Elend!)

Der Vertrag will in Zukunft eine solidere Haushaltsführung der Euro-Staaten sichern. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Vertrag, so ist die Planung, wird frühestens am 1. Januar 2013 in Kraft treten, wenn er ratifiziert worden ist. Was folgt daraus? Dieser Fiskalpakt löst kein aktuelles Problem. Er weist nur in die Zukunft. In der Gegenwart wirkt die jetzige Regierung ratlos. Sie überlässt das Krisenmanagement der EZB in der Hoffnung, sie werde tun, was in Deutschland von der Bundesregierung radikal abgelehnt wird, nämlich Schulden durch den Ankauf von Staatsanleihen zu vergemeinschaften. Das hat sie in der Vergangenheit auch getan.

(D)

(Otto Fricke [FDP]: Was ist Ihr Vorschlag?)

Wir erinnern uns noch sehr genau an den Eiertanz über eine Beteiligung des Privatsektors am Schuldenschnitt: Ja, auf jeden Fall, so Frau Merkel; jetzt, so Frau Merkel, nein, auf gar keinen Fall.

(Otto Fricke [FDP]: Hallo! Sie scheinen die letzten drei Tage im Schnee steckengeblieben zu sein!)

Dann werden viele abenteuerliche Vorschläge produziert, häufig auf Stammtischniveau. Ich erinnere hier an die Forderung nach einem Sparkommissar für Griechenland. So wenig Sensibilität gab es selten.

(Beifall bei der SPD)

Selten wurde so viel europäisches Porzellan in kurzer Zeit zerschlagen. Da kann man nur sagen: Avanti Dilettanti.

Was sind die ökonomischen Konsequenzen? Wenn ein Land von der Droge Verschuldung herunterkommen muss, wird es heftige Entzugerscheinungen geben. Das ist, glaube ich, völlig klar. Aber am Beispiel Griechenland wird deutlich: Mit Ihrer Politik vergrößern Sie diese Entzugerscheinungen. Sie sind größer, als sie eigentlich sein müssten; denn der von Ihnen propagierte Weg aus den Schulden ist falsch. Eine reine Sparorgie führt öko-

**Manfred Zöllmer**

- (A) nomisch in eine Rezession, mit extremen sozialen und ökonomischen Verwerfungen und Folgen.

(Zuruf von der FDP: Sie geben neues Doping!)

Genau das ist im Fall Griechenlands in die Erwägungen einzubeziehen. Die Versprechungen, sich nun endlich auch um Wachstum zu kümmern, sind mit dem Fiskalpakt nicht eingelöst worden. Aber die soziale Situation in diesem Land ist dramatisch: höchste Arbeitslosigkeit, fast völlige Perspektivlosigkeit der Jugend. So etwas kommt in der Politik der Bundesregierung nicht vor.

(Bettina Hagedorn [SPD]: So ist es!)

Es gibt immerhin eine Erklärung der Staats- und Regierungschef zu Wachstum und Beschäftigung. Das ist sicherlich grundsätzlich positiv. Negativ ist es, dass dieses Papier einen Preis für seine Ansammlung von Allgemeinplätzen verdient hätte. Viel Prosa, nichts Konkretes. Versuchen Sie einmal, mit Prosa Wachstum anzuschieben.

(Beifall bei der SPD)

Solange es nicht gelingt, die notwendige Haushaltskonsolidierung mit intelligenter Wachstumsförderung zu verbinden, wird diese Krise nicht überwunden werden.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

- (B) Der letzte Redner in der Aktuellen Stunde ist der Kollege Jürgen Hardt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Jürgen Hardt (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand auf der Welt kann an der Tatsache vorbeigehen, dass die verfügbaren Mittel die materiellen Möglichkeiten bestimmen. Als ich vorgestern erfahren habe, dass ausgerechnet die Linke die Aktuelle Stunde beantragt hat, fühlte ich mich an den Januar vor 22 Jahren erinnert.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Ausgerechnet? Was heißt das?)

Damals ist ein Mann namens Hans Modrow, der einige Monate Ministerpräsident der sozialistischen DDR war, nach Westdeutschland gereist. Statt dass er dort aus der Erkenntnis der schwierigen Situation in der DDR den Schluss zieht, dass die Marktwirtschaft eingeführt werden muss, hat er als Erstes einen riesigen Milliardenkredit beantragt. Herr Modrow ist im Übrigen heute Ehrenratsvorsitzender der Partei Die Linke.

(Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Das stimmt doch nicht!)

– Dann müssen Sie Herrn Modrow sagen, dass er seinen Lebenslauf im Internet ändern muss.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Fragen Sie bei Ihren Altvorderen nach, was da wirklich war!)

(C) Auch im Deutschen Bundestag kommt man an der Regel, dass die verfügbaren Mittel die materiellen Möglichkeiten bestimmen, nicht vorbei. Wenn Ebbe in der Staatskasse ist und der Bankrott der öffentlichen Hand droht, dann ist das in erster Linie und ganz besonders für die Menschen problematisch, die auf staatliche Mittel angewiesen sind: die Rentner, die Sozialhilfeempfänger, die Auszubildenden. Deswegen ist eine Politik solider Staatsfinanzen eben auch eine vorsorgliche, weil nachhaltige Sozialpolitik. Was wir in Griechenland erleben, ist leider genau das Gegenteil.

Nach Jahrzehnten des unbedachten Schuldenmachens ist es schon ein epochaler Fortschritt, dass wir nun, nachdem wir in Deutschland diesen Schritt bereits vor einigen Jahren unternommen haben, die Schuldenbremse in 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten gesetzlich verankern. Frau Hinz hat vorhin für die Grünen reklamiert, das sei nur eine halbe Sache; denn die Schuldenbremse habe möglicherweise in dem einen oder anderen Land noch nicht einmal Verfassungsrang.

Frau Hinz, ich bin im Mai 2009 mit einem Trömmelchen durch Solingen gezogen und habe mich um ein Bundestagsmandat beworben. Zu jener Zeit waren Sie schon hier. Meines Wissens haben die Grünen damals gegen die Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz gestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil wir eine bessere wollten!)

(D) Wir haben mit der Schuldenbremse in der Bundesrepublik Deutschland gute Erfahrungen gemacht.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind nicht gegen die Schuldenbremse!)

Die Haushaltspolitik der Bundesregierung ist in diesem Punkt wirklich beachtlich; so ist die Neuverschuldung deutlich auf 17 Milliarden Euro reduziert worden. Ich persönlich möchte es noch erleben, dass wir wieder einmal ausgeglichene Bundeshaushalte vorlegen.

Der letzte ausgeglichene Bundeshaushalt war der von 1969 unter Finanzminister Franz Josef Strauß. Danach bekam die Politik des leichten Geldes Aufschwung, weil man glaubte, man könne durch zusätzliche Verschuldung, durch das Gelddrucken der Zentralbank die Wirtschaft und den Konsum ankurbeln und sich damit aus der Wirtschaftskrise bewegen.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Das ist doch Blödsinn, was Sie da erzählen!)

Helmut Schmidt hat gesagt: 5 Prozent Inflation sind mir lieber als 5 Prozent Arbeitslosigkeit. – 1982 hatte Deutschland 5 Prozent Inflation, 7 Prozent Arbeitslosigkeit und ein Wirtschaftswachstum von minus 1 Prozent, also einen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Das ist der ökonomische Supergau. Insofern war es richtig, dass dann eine andere Regierung an die Macht kam.

Was die linke Seite des Hauses als Medizin für die überschuldeten Euro-Staaten vorschlägt, ist in Wirklich-

**Jürgen Hardt**

- (A) keit Gift für die Staatsfinanzen und für die Menschen. Es betäubt die Menschen und vernebelt den Blick auf das eigentliche Problem, nämlich die fehlende Wettbewerbsfähigkeit. Diese ist nur zu erreichen, wenn die Produktivität steigt. Wenn die Lebensarbeitszeiten kürzer, der öffentliche Sektor größer und die Löhne höher sind als in der übrigen Euro-Welt, dann muss sich diese Situation eben ändern. Daran führt leider kein Weg vorbei.

(C)

In den 30er-Jahren, in Zeiten der keynesianischen Politik, hieß es: Lasst uns doch einfach ein bisschen Inflation machen, dann brauchen wir die Löhne nicht zu kürzen, und die Leute haben trotzdem weniger Geld.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ist Vulgärkeynesianismus!)

Keynes hat das als „Geldillusion“ bezeichnet. Ich sage: Geldillusion ist ein anderes Wort für Betrug an den Menschen. Die kleinen Leute laufen nämlich mit ihren Einkommen den steigenden Preisen hinterher und müssen erleben, dass ihre Spareinlagen entwertet werden.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das müssen Sie mal nachlesen!)

Diesen Betrug können wir nicht mitmachen. Deswegen gibt es zur Konsolidierung der Haushalte aller EU-Staaten keine Alternative.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Ich möchte ganz deutlich anmerken: Wenn es denn gelingen sollte, wieder auf den Pfad solider Haushalte zurückzukehren – auch in Staaten wie Griechenland, Portugal usw. –, dann ist es Aufgabe und Pflicht der starken Nationen in der Europäischen Union, entweder über EU-Mittel oder durch entsprechende Programme den wirtschaftlichen Aufbau und die Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit in diesen Staaten konkret zu unterstützen.

(D)

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Na also!)

Vorhin hat Kollege Rehberg angemerkt: Solange die griechische Regierung nicht einmal bereit und in der Lage ist, die zur Verfügung stehenden EU-Mittel auszu-schöpfen, die für Wachstum und Beschäftigung eingesetzt werden können, haben wir noch einen weiten Weg vor uns.

Mit dem Fiskalpakt unternehmen wir jetzt den entscheidenden Schritt zur Konsolidierung der Haushalte in der Europäischen Union. Anschließend sollten wir uns ganz konkret der Frage zuwenden, wie wir die Europäische Union zu einer Region des Wachstums und der Beschäftigung für die Zukunft machen. Ich glaube, auf dieser Basis werden wir letztendlich eine große Übereinstimmung hier im Hause finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.